

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

27.9.1922 (No. 225)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A m e n d,  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M. — Einzelnummer 4 M. — Anzeigengebühr: 6 M. für 1 am Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Errichtung badischer Justizkassen.

Die Errichtung der Justizkassen und die Zahlung der meisten Ausgaben der gerichtlichen Behörden wurden in Baden bisher durch die Finanzbehörden besorgt. Auch nach dem Übergang der Finanzbehörden auf das Reich ist diese Einrichtung beibehalten worden. Die Reichsfinanzbehörden sind aber nunmehr infolge ihrer starken Überlastung nicht mehr in der Lage, diese Geschäfte der Landesverwaltung weiter zu führen. Die Justizverwaltung hat deshalb beim Landtag die Mittel für die Errichtung eigener Justizkassen angefordert und bewilligt erhalten.

Bei jedem Amtsgericht wird für die staatlichen Justizbehörden, die im Amtsgerichtsbezirk ihren Sitz haben, eine Justizkasse errichtet. Die Justizkassen sind zur Erhebung der Justizgebühren und sonstiger Einnahmen nach näherer Anordnung des Justizministeriums zuständig; außerdem übernehmen sie die Zahlung der hauptsächlichsten Ausgaben der gerichtlichen Behörden, insbesondere liegt ihnen die Auszahlung der Zeugen- und Sachverständigengebühren ob.

Die Justizkassen Karlsruhe, deren Geschäftsräume sich im Erdgeschoss des Landgerichtsgebäudes, Hans-Thomastraße 7, befinden, wird am 1. Oktober 1922, die Justizkassen bei den übrigen Amtsgerichten werden am 1. Januar 1923 ins Leben treten. Die vor dem 1. Oktober 1922 oder 1. Januar 1923 schon angeforderten Justizgebühren sind nach wie vor an die bisherigen Gerichtskassen (Steuereinnahmestellen) zu entrichten.

#### Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst.

Nachdem das Badische Ministerium des Innern bereits im Juli die Herstellung von Branntwein aus Obst mit Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft verboten hatte, hat nunmehr das genannte Reichsministerium dieses Verbot selbst ausgesprochen. Hiernach ist künftig die Verarbeitung von Obst zu Branntwein durch Reichsverordnung allgemein verboten.

Auf Grund der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gegebenen Ermächtigung hat das Bad. Ministerium des Innern die Verarbeitung von Brennwürschen, von Hüll- und Steinobst, das zur menschlichen Ernährung, also zum Frischgenuss oder zur Wärmeladung nicht geeignet ist, sowie von Kirschen zu Branntwein genehmigt.

#### \* Sozialdemokratie u. Deutsche Volkspartei.

Die Frage der Koalitionserweiterung im Reich ist durch die bedeutenden parteipolitischen Stimmgebungen der letzten Tage nicht unwesentlich geklärt worden. Und zwar sind es gerade die beiden Flügelparteien, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei, die zu der Angelegenheit Stellung genommen haben.

Was zunächst die Sozialdemokraten betrifft, so ist, wie wir schon neulich hervorhoben, ein Antrag Barth, der der Reichstagsfraktion eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei verbietet, abgelehnt worden. Bezeichnenderweise ist man aber auch auf dem Parteitag der Unabhängigen in Gera über einen ähnlichen Vorstoß glatt zur Tagesordnung übergegangen. Man will also der Reichstagsfraktion nicht vorher die Hände binden, es vielmehr ihrem Ermessen überlassen, ob sie eine solche Koalition für angebracht hält oder nicht.

Im parlamentarischen Staate wären ja auch solche Bindungen überaus hinderlich und gefährlich. Da Parteitage natürlich nicht alle Augenblicke einberufen werden können, würde ein Parteitagebeschluss eine Fraktion auf lange Zeit festlegen. Und es müßten sich entweder belanglose Verwicklungen im Bereich der inneren Politik oder aber offene Parteikonflikte ergeben, wenn die betreffende Fraktion entweder ihrer Überzeugung zum Trotz eine notwendige Koalition ablehnen oder dem Parteitagebeschluss zuwider jene Koalition eingehen würde. Jeder Tag hat politisch sein eigenes Gesicht. Und was heute noch grundsätzlich und programmatisch verworfen wird, kann morgen unter dem Zwang der Lage zu einer so harten Notwendigkeit werden, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Partei nicht mehr bei ihrer Ablehnung zu beharren vermag.

Und so bleibt es also auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unbenommen, von sich aus zu entscheiden, ob sie einer Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei zustimmen will oder nicht. Der Verlauf der beiden sozialdemokratischen Parteitage (in Augsburg und in Gera) ist ja so gewesen, daß man im allgemeinen damit rechnen kann, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Entscheidung, ohne sich von

gefühlsmäßigen Abneigungen beeinflussen zu lassen, auf Grund einer ruhigen Prüfung der objektiven politischen Sachlage treffen wird.

Und nun die Deutsche Volkspartei, deren Zentralvorstand dieser Tage in Breslau zu einer Sitzung versammelt war! Hier hat der Führer der Partei, der Abgeordnete Dr. Stresemann, den Weg der Koalition gezeichnet, indem er ausdrücklich erklärte, die Parole „die bürgerlich, die sozialistisch“ müsse von einer jeden Partei zurückgewiesen werden, die sich eine Partei des Wiederaufbaus nennt, und indem er weiter erklärte, daß der wirtschaftliche Friede zwischen Unternehmer und Arbeiter geradezu die oberste Voraussetzung für den Wiederaufbau bilde. Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist also irgend ein grundsätzlicher Widerstand gegen ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, und zwar auch mit der geeinigten Sozialdemokratie, nicht zu erwarten.

Allerdings gibt es immer noch einige Punkte, die diese Zusammenarbeit erschweren, ja im Augenblick beinahe unmöglich machen. Derselbe Zentralvorstand der Deutsch-Liberalen hat in Breslau die Gesetze zum Schutze der Republik in einer Weise angegriffen, daß man auf scharfe Entgegnungen aus dem Lager der regierenden Koalitionsparteien gefaßt sein kann. Ganz unüberblümt wird ein langsamer Abbau der Schutzgesetze, vor allem aber die Aufhebung derjenigen Gesetzesbestimmungen, die sich auf das Verbot von Vereinen, Zeitungen und Organisationen beziehen, gefordert.

Das zeigt allerdings von einer erstaunlichen Verkennung der innerpolitischen Situation. Denn selbst dann, wenn man einige Versehen bei der Durchführung der Schutzgesetze zugeben sollte, so besteht doch die Notwendigkeit, die zur Einbringung u. der Verabschiedung des Gesetzes führte, auch heute noch unvermindert fort, ja man kann sagen, daß sich diese Schutzgesetze bisher überhaupt noch gar nicht richtig ausgewirkt haben, weil dazu die Zeit viel zu kurz war. Wenn man glaubt, den Rechtsradikalismus durch eine drohende Gefahr beschwören zu können, der dann schwächliche Nachgiebigkeit auf dem Fuße folgt, so ist man über die Gefährlichkeit dieses Rechtsradikalismus nicht im Klaren oder man setzt sich dem Verdacht aus, jene rechtsradikalen Bestrebungen heimlich unterstützen zu wollen. Wir glauben jedenfalls, daß die Forderung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei als völlig undiskutierbar abgelehnt werden wird. Was die Durchführung der Gesetze anlangt, so muß sich natürlich der ganze Apparat erst richtig einstellen. Im Anfang werden bei solchen Gelegenheiten Fehler nie ganz vermieden werden können. Daß einzelne Staaten die Schutzgesetze in besonders energischer Weise durchzuführen und interpretieren, darf nur von denen kritisiert werden, die jener mehr nach der anderen Richtung hin zielenden Politik in Bayern die gleiche Kritik zuteil werden lassen.

Was das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen anlangt, so können alle freundlichen und behutsamen Worte, die man bei der Tagung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei gefunden hat, nichts an der Tatsache ändern, daß dieses Verhältnis gespannt ist. Die Deutsche Volkspartei möchte an sich am liebsten auch die Deutschnationalen zur positiven Mitarbeit am Wiederaufbau und zur Teilnahme an der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ heranziehen. Aber, wie aus den Reden auf der Breslauer Tagung klar hervorgeht, hält man die Deutschnationalen so lange nicht für bündnisfähig, als sie unter dem beherrschenden Einfluß des rechtsradikalen, deutschvölkischen Flügels stehen. Und gerade die letzten Wochen haben ja der Öffentlichkeit gezeigt, daß die Deutschnationalen Volkspartei gar nicht daran denkt, jenen Flügel von sich abzustößen. Ja, es scheint so, als ob die Beziehungen zwischen der Parteileitung und den Deutschvölkischen auch persönlich nach und nach wieder recht herzlich geworden sind. Düringer hat man zum Austritt aus der Partei gezwungen; Wulle und Gräfe aber werden, da sie im richtigen Augenblick ein bißchen Reue zu markieren verstanden, wieder in Gnaden aufgenommen.

#### Die Apologie des Ex-Kaisers.

Der Dollarvertrag — Wilhelm II. Rede vor dem Spiegel — Der Stahlgel mit dem Schwert — Drolerien und Über-raschungen — Eine Krone als Wasserzeichen.

Wir entnehmen folgende Ausführungen der „Neuen Zürcher Zeitung“, die in ihrer geistvollen Art besser als jede andere Buchkritik, die in diesen Tagen in fast allen Weltsprachen erscheinenden Erinnerungen Kaiser Wilhelm II. illustriert. Die Apologie des Ex-Kaisers in der „N. Z. Ztg.“ ist geschrieben „Von einem Deutschen“ und lautet:

„Die numerierte Luxus-Ausgabe auf echtem Büttenpapier, mit dem Namenszug als Wasserzeichen gedruckt, in Betagament 2500 M.“ Leipzig, R. F. Koehler, Verlag.

Die Kaiserkrone als Wasserzeichen, das ist das Symbol des Buches, das soeben das Licht der Allen und der Neuen Welt erblickt, und der berühmte Dollarvertrag, der dem Autor heute rund 400 Millionen Mark seines Reiches einträgt, ist der Zweck. Das große Mitleid, mit dem viele Deutsche die „tragische Gestalt des Kaisers“ zu adeln suchen, vermögen wir, durch andere Objekte beansprucht, nicht aufzubringen: ihm geht es, scheint uns, erheblich besser als der unabsehbaren Reihe von Männern und Frauen, die der Krieg verstümmelt oder verwaist hat. Trotzdem hätte jeder begriffen, wenn ein von der gesamten nichtdeutschen Welt Beschuldigter nun selbst zur Feder griff, um sich zu reinigen; natürlich, indem er seine Motive rein erhielt, zugunsten jener schuldlosen Opfer. Doch der letzte Hohenzoller rechnet, scheint es, lieber mit einer andern Art von „Millionen“, die nicht köhnt, sondern knittert.

Trotzdem hatten wir wenigstens auf die talkvolle Arbeit seines erforschten Dramaturgen gehofft, die dies ertragreichste Buch der Geschichte auch andern erträglich machen konnte: geschickte Hände hätten einen Mann mit seinem Widerspruch, einen Einfamen konstruieren können, der das Vergangene nur durchdenkt, der Mann des Schicksals hätte erscheinen müssen, dessen Seelenknoten auch der politische Gegner lauflacht, um den entmachteten Träger eines Gedankens zu ehren, dem einst die Größe nicht fehlte. Daß er glaubte: die Art im Hohen erspart Eugen Zimmermann, u. schrieb, so scheint es, im Gegensatz zu Kronprinz Rosner, meist selber. Als Napoleon seine Memoiren schrieb — wenn man auch nur für die Dauer eines Satzes diesen Vergleich wagen will —, da sah man einen bleichen Helden fiebernd seine kleine Stube, die enge Inzels abhärten und Rechenhaft vor sich selber ablegen; neben die stolze Darstellung ungeheurer Siege stellte er die Talente seiner Gegner offen zur Schau, doch auch eigene Mißgriffe männlich zur Kritik. So entstand eine Art Selbstgespräch vor dem Phonographen. Wilhelm II. Buch gleicht in allem seiner Regierung: es ist eine Rede vor dem Spiegel.

Will man die Summe dieser fünfzehn Kapitel wissen? Nichts in 30 Jahren hat der Kaiser falsch gemacht, niemand verkannt, immer hat er Laßandrahaft vor den Fehlern seiner blinden Kanzler gewarnt, vergebens: sie bezwangen ihn, bis er zähneknirschend unterschrieb. Beweis: Bismarck verstand ihn im Amte an der rechten Sozialpolitik, nach dem Sturze an der Auswirkung aller seiner Ideen, Caprivi an der Erneuerung des russischen Vertrags, Hohenzoller und Marschall zwangen ihn zur Krüger-Depeche, deren verheerende Wirkung er angeordnet hatte, Bülow nötigte ihn nach Tanger, wohin er nur sehr contre coeur gegangen sei, und hinderte ihn nicht am Interview mit „Daily Telegraph“. Bethmann endlich, immer Gouvernante und ihn ständig belehrend, habe trotz aller Warnung des Kaisers den herausziehenden Krieg nicht gesehen, ihn an der Reform des Wahlrechts, an der Unterfütterung von Tirpitz verhinndert; Prinz Ray endlich zwang ihn gegen die heißesten Wünsche seines Herzens zur Flucht.

Sobiel Behauptungen, sobiel Verdrehungen — um das Wort nicht geradenwegs zu gebrauchen, das die Historiographie bei milderer Stellung des Autors ihm entgegenscheitern würde! Der Fall Bismarck liegt weit komplizierter, und nichts kennzeichnet die „Vollstunde“ des Kaisers besser als sein Geständnis, den offenen Kampf gegen die Sozialisten, den Bismarck wollte, habe er nur aus politischer Notwendigkeit zum Ausgleich nicht führen können. Für alle Fälle läßt er sich am Ende des Kapitels von den Arbeitern einer Werkstätte einen Vorberfranz für seine Sorgfalt überreichen. Schlimmer ist schon, daß er nicht bloß Bismarck-Worte (den Vergleich von Siegfried und Hötur mit der deutschen Geschichte) ohne deren Autor, und zwar als jüngste Lesefrüchte zitiert, sondern ihm auch Worte unterlegt, die er historisch und psychologisch nicht gesagt haben kann.

Ebenso wenig hat Wilhelm den russischen Vertrag gemollt, vielmehr aus persönlichem Haß verboten. Daß er die Krüger-depeche selbst erfunden, bezogen ihr Stiel und Impuls, bezogen schriftliche und mündliche Überlieferungen aller Beteiligten; doch selbst diesen Haß gegen England — das größte Gefühl dieses aus Furcht und Eitelkeit komponierten, durch Eduard VII. in beiden Punkten getroffenen Charakters — will er vom alten Hohenzoller widerwillig übernommen haben. Wie er nach Tanger verlangte (bis das Meer und der Schimmel hochgingen), beschreibt anschaulich sogar der sanfte Schen, und was Bülow betrifft, so glauben wir zu wissen, daß er demnächst selber sprechen wird, nachdem er, nur aus Laß gegen den Kaiser, bis jetzt geschwiegen hat. Die ganze Fäule, die in dreißig Jahren dort nirgends Verantwortlichkeit übernimmt, wo man doch immer Glanz geerntet hatte, zeigt sich auch hier, wo er rasch nach dem Zentrum die Schuld an Bülow (ihm selber doch höchst erwünschten) Haß zuschreibt und den schwachen, aber feinen, auf alle Fälle verstorbenen Grafen Hertling, einen Freund Bülows, noch im Jahre 1917 in Spa stolz erklären läßt, er habe Verdienste an Bülows Sturz.

Bei allem könnte man fragen: war dieser Pseudo-Kritiker, der fünfundsiebzig Jahre lang durch seine gepanzerte Friedensstube, durch seinen Stahlgel mit dem Schwert Europa in Erregung gehalten hat, nicht Manns genug, in den Momenten seiner politischen Visionen allein zu entscheiden, und



gegen seine Berater? Hinderte ihn vielleicht eine vernünftige Befassung zu verlassen, was ihm nicht mehr beliebte? Wer Bismarck mit einem Bismarck fortsetzen durfte, der mußte wiederholt, wie er mehrmals wiederholt, törichte Notizen widerstrebend unterzeichnen? Fühlte er sich etwa konstitutioneller als die Konstitution?

Man muß ihn nur als Landesvater hören, dann erst begreift man, wie er sein Jahrhundert begriff. Bis 1918 hatte Preußen ein Wahlrecht, das man in einer Republik wie eine alte Kanone im Museum anstaunen würde: Drei Klassen, geordnet nach dem Gelde, was jeder besaß. Fünfundzwanzig Jahre lang vergebens wiederholter Sturm von links, der König als heftiger Gegner jeder Gleichheit. Als endlich der Krieg seine Todfeinde, die Sozialisten, freudig unter die Fahnen führt, fordert die Linke laut und energisch, was ihr längst zutram und was ihnen endlich eine einzige Geste bewilligen mußte. Statt dies nun, après tout, in ein paar schlichten Worten zu bestätigen, greift der Kaiser heute noch Bethmann an, er habe seine guten Absichten verschleppt: denn schon im ersten Kriegswinter habe er seinen tapferen Preußen, mit denen er selbst vor dem Feinde gestanden habe, nach hiegreicher Schmelze eine Belohnung spontan bereiten wollen, — dies alles in einem falsch patriarchalischen Tone, der zwischen dem Großen Friedrich und dem Sonnenkönig eine kuriose Mitte hält.

ist also niemand, der vor seinem Bild besteht? Doch. Kapitän, den er seines, auch nach der Abdankung noch kaiserlichen Dankes versichert, diesen alten, gefährlichen Seemann empfiehlt er seinem flottenlosen Vaterlande als einzigen, der ihm wieder aufzuhelfen wüßte! Man spürt, wohin die Mißverständnisse gehen soll. Auch sonst wird dies 9. Kapitel, das Meer und Flotte behandelt, mit seinem frisch-fröhlichen Kriegskolorit die Herzen aller „ollen ehelichen Preußen“ entzünden. Weit kürzer und viel komischer ist ein anderes Kapitel gehalten, in dem Wilhelm das ästhetische Regit seiner Epoche zieht, und wo man ihn im Verkehr mit seinen Festbüchern und Dekorateurs oder im Frühjahr 1914 auf Korfu sieht, über Homer und dorische Säulen forschend, während, wie er hingungst, im Skulpturraum schon gegen ihn mobil gemacht wird! Dennoch passiert ein entsetzender Widerspruch. Während er nämlich für alle Fehler seine Minister verantwortlich macht, im Ton eines Gutsheeren, der wegen eigenen schlechten Einflusses oder auch wegen des Papels seinen Inspektor verlagert, schreibt er sich alle „Erfolge“ selber zu: er ist es, der Lord Saladan in seine Schranken weist — und dann folgt die schwer fränkende Beschreibung dieses Mannes, der zu den vierden britischen Geistes gehört, und er läßt über Bethmanns angebliche Tränen bei der Abweisung dieses letzten englischen Friedensversuches.

Dass der Kaiser Kriegsausbruch und -ende falsch sieht, ist menschlich verständlich. Nur einige Drollerien werden sich bald befügen: so etwa, daß die Armee, deren entscheidender Druck im Juli aus den deutschen Dokumenten, aus allen Memoiren und aus ihrer eigenen Tradition folgt, vom Auswärtigen Amt mit dem Kriege schuldhaft überzogen worden sei. Auch dürften sich Karikaturisten durch die Behauptung des Kaisers ärgert fühlen, im Juli 1914 wäre ein Teil der englischen Flotte nach Norwegen unterwegs gewesen, um ihn dort abzufangen.

Aber den Kriegsausbruch selber schweigt des Kaisers Döcklichkeit fast ganz. Am Schluß aber wird er lebhaft: Prinz Max und Scheidemann, dessen revolutionären Genius er stark überschätzt, werden die Zielscheiben seines letzten Kaiser-Manövers; der Prinz, der letzte, der die Dynastie noch am 9. November mit kühnem Handstreich zu retten suchte, wird geradezu Vorkämpfer des Reiches genannt. Was blieb ihm übrig, — als nach furchtbarem innerem Kampfe, das letzte auch der Kronprinz für seine Person — zu fliehen? Das Ausland, schreibt der Kaiser, wollte keinen Frieden mit ihm schließen, das Inland warnte vor dem Bürgerkriege: so brachte er das ungeheure Opfer.

Was nun folgt, steht seit Jahren mindestens alle Sonntage in jedem reaktionären Blatte zu lesen; so ganz hat der Träger des Schicksals die Stichworte seiner Diktirionen übernommen: Verletzung im Innern, viereinhalb Jahre glänzender Waffenruhe, unerhörter Siege, Dolchstoß von hinten, als der Friede in Greifnähe stand. Dann aber weist er die drei Vorwürfe zurück, warum er nicht anders gehandelt habe: An der Spitze des Heeres den Aufstand in der Heimat niederzuwerfen? Bürgerkrieg! — Beim letzten Angriff im Kampfe den Tod suchen? Neue Opfer! — Sich selber töten? Erstens Christentum, zweitens Verantwortungsgefühl! Er mußte sich, sagt er, seinem Volke erhalten, um ihm zu helfen und die Schuldfrage aufzuheben; noch minder durfte er den Vereinigten spielen und sich den Feinden stellen.

Doch nun bringt zum Schluß das längste Kapitel zwei Überlegungen, die Kaiserfreunde hätten verheßen sollen. Wilhelm's Friedensposten aus Menschlichkeit und Christentum wird von ihm selber als politischer Schachzug erklärt: die drohende Kriegsentcheidung in Europa mußte verschoben werden, bis Deutschland sich eine Weltstellung inne hatte, daß die Feinde zitterten. Noch bedeutsamer ein zweites Kaiser-

wort, an dem man ja nicht brechen noch deuten soll: Deutschland habe Fehler gemacht, aber im Interesse des Friedens, solche Fehler seien keine Schuld, Deutschland habe den Krieg nicht gewollt, also auch nicht verschuldet.

Hätte der Kaiser einst als Prinz unter dem Bonner Vorturmen das Strafrecht seines künftigen Reiches studiert, er hätte von zwei Arten von Delikten erfahren: den vorsätzlichen und den fahrlässigen. Kein Verhängnis hat dem Kaiser je den Vorsatz vorgeworfen, und als man ihn 1914 gar mit Attila verglich, beleidigte man nur den Attila. Was fahrlässig von ihm und den Seinen verschuldet wurde, das steht in den „Deutschen Dokumenten“, Band 1-4.

Genau so sieht es mit seinem Buch: zumindest sind die meisten Darstellungen fahrlässig falsch. Die Forschung wird es kaum streifen. Dem Psychologen rundet es das Bild, den Monarchisten muß es erbleichen lassen. Es bleibt im Grunde nur, was der Verlag des Buches anpreist: Eine Krone als Wasserzeichen.

## Politische Neuigkeiten. Die deutschen Schatzwechsel.

Die Reparationskommission hat jechen der Kriegslastenkommission eine Note überreicht, in der sie den Empfang der Schatzwechsel bestätigt, die sie an Belgien weiter leiten und der deutschen Regierung aufschreiben wird.

Nach Nachrichten aus Brüssel beschäftigt die belgische Regierung, die deutschen Schatzwechsel in den Vereinigten Staaten, in England und in der Schweiz unterzubringen.

## Die größte verbüttende Nation der Welt.

Wie der „Temps“ meldet, hat der Minister für die öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer, bei der Einweihung eines Denkmals in Dinant auch über die Reparationsfrage gesprochen und dabei besonders die jüngsten Abmachungen Stimmensdeklaration erwähnt, deren Urheber er, der Minister, sei. Diese Abmachungen bedeuteten für Frankreich einen Wert von 20 bis 25 Milliarden an Arbeitslohn und Materiallieferungen. Es sei darin für Frankreich eine Möglichkeit enthalten, einen Teil seiner Forderungen an Deutschland sich zu verschaffen. Der Minister kam dann auch auf die Saargruben zu sprechen und teilte mit, daß diese Gruben, seit sie unter Leitung französischer Ingenieure ständen, ein bedeutendes und beträchtliches Ertragsniveau brächten. Es sei gelungen, mit Hilfe der Saargruben Hüftenlohn herzustellen, dessen Wert dem des Ruhrlohn gleichkomme. Außerdem gewinne man jetzt durch Destillation Petroleum, und zwar ein hochwertiges Erzeugnis. Durch die Saargrubenförderung könne Frankreich eine der größten, wenn nicht die größte verbüttende Nation der Welt werden.

## Englische Rheinlandinfanterie für Kleinasien.

Zwei englische Infanteriebataillone der englischen Besatzungsarmee haben Befehl zum Abtransport nach Malta erhalten, wo über ihre weitere Verwendung durch den dortigen englischen Oberkommandierenden verfügt werden wird. Der Abtransport erfolgt in voller Ausrüstung, so daß wohl auf eine Verwendung der beiden Bataillone an den Dardanellen geschlossen werden kann. Außerdem sind sämtliche angelegten Truppenübungen bis auf weiteres abgesetzt worden.

## Der Zwischenfall von Erenköi.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel haben sich die alliierten Oberkommissare mit der neuen Verlegung der neutralen Zone durch ein türkisches Kavalleriedetachement — das gleiche, das bereits am Sonntag in das von den Engländern besetzte Gebiet eingedrungen war — beschäftigt. Der Repräsentant der Regierung von Ankara hat die Erklärung abgegeben, daß die Verlegung von Erenköi erfolgt sei, bevor die alliierte Note in Smyrna eingetroffen war. Er hat um eine Frist von 48 Stunden gebeten, um sich mit dem türkischen Oberkommando zwecks gütlicher Regelung des Zwischenfalles in Verbindung setzen zu können. Außerdem hat der französische Oberkommissar an Kemal Pascha telegraphisch das Gebührende gerichtet, sofort Befehl zur Zurücknahme der Truppen zu geben. Nach einer noch unbestätigten Meldung soll das türkische Detachement erhebliche Verstärkungen erhalten haben und auch Artillerie mitführen. Dagegen wird ausdrücklich demotiert, daß es bereits zu einem Feuerwechsel gekommen sei.

## Musik des Mittelalters.

Höchstes und unbestrittenes Verdienst der Gegenwart ist ihr historischer Sinn, der sich auf alle Gebiete des Geistes, Gewordener erstreckt, die Achtung vor dem Anderssein abgelebter Epochen und Kulturen, der Instinkt für Wesenhaftigkeit, uns gefühl- und verstandesmäßig fremd scheinender Werte. Wir sind besonnen geworden, haben der Bedeutsamkeit des Subjektivismus entsagt, wollen alles verstehen um — alles zu verstehen. Ein für die Zeitgenossen äußerlich charakteristisches Gefühl: „alles ist dem, was du erkennst“ löst uns einmal an den Strand entferntester Völker, deren Gebräuche und Lebensweise wir nicht mehr — wie früher einmal — anstaunen oder verachten, sondern ruhig erörtern, konstatieren, sie abwägend in die uns gebräuchlichen relativistischen Wertkategorien einreihen, — treibt uns andererseits hinab in Schichten des Vergangenen, die zu betreten frühere Geschlechter des geeigneten geistigen Nützigen ermannt, niemals hätten unternehmen können. Und gibt es auch noch Gegenden, zu denen hin uns ein Schiff fährt, das vom Wind Liebe und dem Wasser Schutz getragen wird? Manchmal nur scheint es, als strecke sich hier und da düstend eine Hand aus, eine Seele, die nach mehr verlangt als nach Wissen und „zur Kenntnis nehmen“, die Atem und Wesen will, wohnt Verdwisterung der Geister.

Mit der Aufführung mittelalterlicher Musik in den wohlklingend gestalteten Räumen der gotischen Malerei ist die Bad. Kunsthalle dem Verlangen der Besien entgegengekommen, die der historischen Wissenschaft ihre eigentliche und letzte Möglichkeit abverlangen, über Raum und Zeit hinweg den Geist einer verschwundenen Epoche zu lebendigem Wachsein aufzurufen. Und weil damals die Künste noch im eigentlichen Sinne Kinder einer großen Mutter waren, die sie nährte und großzog — der mittelalterlichen Kirche —, so ist es das Gegebene und Natürliche, sie in möglichster Beziehung aufeinander zur Wirkung kommen zu lassen: unsere vielfältig gepöbelte komplizierte Seele soll von der strengen Geschlossenheit und würdigen Ruhe, die die Gestalten der Bilder und Plastiken in diesen Räumen ausstrahlen, ein Etwa in sich aufnehmen und so die Stimmung über sich breiten lassen, die zum

Empfangen der demütigen irgendwie gleichgearteten Musik eheführlich macht.

Doch ist es hier mit Stimmung und Einfühlung allein noch lange nicht getan, mit vollem Rechte wies Universitätsprofessor W. Guritt aus Freiburg, dem die Beschaffung und Bearbeitung des musikalischen Materials und somit die Ermöglichung einer so kleinen Aufführung zu danken ist, in einem einleitenden Vortrag „Musik und Musikanschauung im Zeitalter der Gotik“ darauf hin, daß tatsächlich nur eine gewisse geschichtliche Einstellung uns zum tieferen Verleben dieser uns still und wesensfremden Musik bringen kann. Es sei kurz auf die Hauptpunkte dieser aufschlußreichen Vorlesung (die im übrigen wieder durchaus von der Notwendigkeit und unmittelbaren Möglichkeit einer Anleitung zum Musikhören überzeugte) aufmerksam gemacht.

Als die höchste in der Rangordnung wurde im Mittelalter die Musica ecclesiastica empfunden, die zur Ehre Gottes, gleichsam als Opfer in der Kirche erklang; von keiner anderen Kunst abhängig, bezog sie sich direkt auf Gott, „steht die sakralen Werte in sich selbst dar“. Ihr formales Charakteristikum ist die vollkommenste Einheitlichkeit, das Fehlen der uns so absolut gewohnten Harmonie, und es gehört gewiß einige musikalische Selbsterziehung dazu, diese rein linear gedachte Musik auch so linear, als reinen Bewegungsausdruck der melodischen Linie zu erfassen, im Vorwärtsdrängen, Feigen, Hören dieses Melodielinies mitzuschwingen, hinein „unterzutanken“, eine Fähigkeit, die wir noch heute beim Anhören mancher Liturgie (etwa bei den Benediktinern), in der die alten Weisen noch ein Fortleben haben, amenden können, auch wohl beim Anhören mancher Vokalischen Violin-Soloforte, doch kennt diese schon allein die kompositorische Bewußtheit um eine Welt von der Musik des gregorianischen Chores ab.

Denn erst in der zweiten Gruppe der alten Musik, der Musica composita, betreten wir die eigentliche ästhetische Sphäre, erst hier tritt mit dem Einsetzen des Zusammenflusses das Moment des bewußten komponieren an die Entleerung der Melodie heran, die im gregorianischen Gesange noch instinktpredominantem Bestreben eines Gefühls war (siehe Stelle als artikulierte Sprache könnte man es nennen). Bei dieser „Organik“ handelt es sich bereits

## Arbeitsgemeinschaft demokratischer Minister.

Die in Braunschweig versammelten demokratischen Minister des Reiches und der Länder und Senatoren der Freien Hansestädte beschloßen eine engere Zusammenarbeit aller demokratischer Minister und Senatoren.

## Verordnung über Zollerhöhungen.

Der Reichsrat regelte in einer Sitzung den Entwurf der Verordnung über Zollerhöhungen für entbehrliche Einfuhrwaren. Die Verordnung strebt, wie schon gemeldet, eine Einschränkung des Verbrauchs durch prohibitive Zölle an, da die bloßen Einfuhrverbote sich als unzureichend erwiesen haben. Für eine Reihe von Luxusartikeln sind die Zölle erst vor kurzem um 100 Prozent erhöht worden; sie sollen nun um weitere 50 Prozent gesteigert werden. Die Steigerung betrifft in der Hauptsache wohlriechende Wasser, Ruber, Edelmilch, Seibengepinke, Spitzen, Stidcreien, edle Perlen, Samt, Fließ, Teppiche sowie Gold- und Silberwaren bis zu einem gewissen Gewicht. Der Reichsrat stimmte der Verordnung zu.

Die Erhöhung der Zölle für Tabak gab Anlaß zu einer Aussprache. Der Zoll für Rohtabak war ursprünglich auf 130 Mark festgesetzt, dann aber später, da die Valuta sank und gleichzeitig die Wandlersteuer erhöht wurde, auf 60 Mark ermäßigt worden. Der Reichsrat erkannte das formelle Recht der Reichsregierung an, die Zölle bis zu der gesetzlichen Grenze von 130 Mark wieder zu erhöhen und dann erst die formelle Zustimmung von Reichsrat und Reichstag einzuholen. Die Reichsregierung ihrerseits hatte geglaubt, eine ausreichende Verständigung dadurch herbeizuführen, daß die Tabakfrage in der Begründung der Vorlage über die Zollerhöhung erwähnt wurde. Die Ausschüsse des Reichsrats und ebenso das Plenum hielten es aber für angezeigt, daß die Regierung über die wichtige Frage der Tabakzollerhöhung eine besondere Mitteilung an den Reichsrat richte, damit die Angelegenheit nach gründlicher Prüfung erledigt werden könne.

## Drei große Anfragen der geeinigten SPD. und USPD.

Geitern tagen im Preussischen Landtagsgebäude zum erstenmal die Vorstände der SPD. und der USPD. gemeinsam. Die gemeinsamen Fraktionsversammlungen nebene heute ihren Anfang. Der Vorstand der Vereinigten Landtagsfraktion wird aus den Abgeordneten Kimpers von Essen, Kröger, Heilmann und Leid bestehen. Die Vereinigten Fraktionen haben drei große Anfragen im Landtag eingebracht. Die erste Anfrage wünscht von der Regierung Auskunft über Maßnahmen gegen die Teuerung, die zweite beschäftigt sich mit dem Stillstand der Bauten und der Bekämpfung des Baustoffmangels und die dritte Anfrage weist auf die vollständig unzulängliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung hin und fordert deren Erhöhung.

Die Koalitionsparteien werden im preussischen Landtag einen gemeinsamen Antrag einbringen, wonach zur Fortsetzung der Wohnungsbauten drei Milliarden aus preussischen Staatsmitteln und 1,88 Milliarden aus Reichsmitteln den Gemeinden sofort zur Verfügung gestellt werden sollen.

## Das Manifest von Nürnberg.

Aus Anlaß der Wiedervereinigung der beiden Sozialdemokratischen Parteien in Nürnberg richtete die geeinte Partei folgendes Manifest an die Arbeiterschaft:

Arbeitendes Volk! Männer und Frauen!

Das Werk der Einigung der Sozialdemokratischen Parteien ist vollbracht. In gemeinsamer Tagung haben die Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihren Zusammenschluß in Nürnberg vollzogen. Durch die Klaffen ihrer Anhänger geht tiefe freundliche Bewegung; ein Ziel ihrer Sehnsucht ist erreicht. Aber auch die Draußenstehenden horchen auf. Sie fühlen, daß hier eine Tat geschehen ist, die für das Schicksal des Volkes und jedes einzelnen in ihm unabsehbare Bedeutung gewinnen kann.

Die sozialdemokratische Bewegung ist eine der gewaltigsten, die die Welt jemals gesehen hat. Wieder vereint, wird sie verstärkte Kräfte entfalten. Von der Industrie- und Arbeiterbewegung ausgehend, die zuerst die Bedeutung des sozialistischen Gedankens erkannte, hat sie immer weitere Schichten des schaffenden Volkes ergriffen, sie hat große Teile des Landvolkes, der Angestellten, der Beamten unter ihren Fahnen gesammelt. Nur von seltenen, bald wieder wettgemachten Rückschlägen unterbrochen, zeigt die Linie ihrer Entwicklung steten Aufstieg. So stellt sie eine Erscheinung dar, die zur Parteinahme zwingt.

um ein klares, sich in Beziehung setzen zum Cantus firmus, der noch in der Motette der Träger der sakralen Dinge ist, sie zeigt ästhetische Werte in ihrer Beziehung aufs Sakrale; hier steht zum ersten Mal eigentlich die kompositorische Schöpferfreude ein, die sich etwa am sinnlichen Wohlklang einer reinen Quinte erlabt, während von einer harmonischen „Entwicklung“ im Sinne unserer Polyphonie noch nicht die Rede ist. Jetzt ist Erbauung, Erfreuen der Menschen Ziel der Musik, bei den Festen der Reichen wird sie zum Teil vorgetragen, zwanglos schuf sich mit der Selbstständigkeit der ästhetischen Werte auch ein neuer Stand von Laienmusikern und Publika; auch die Einführung der Mensuralnotenschrift war hiermit bedingt. Ein Schwelgen in neuen Formen und stilistischen Feinheiten führte allmählich zu direkten Auswüchsen dieser Musik, die das 14. Jahrhundert veranlaßten, wieder auf die ursprüngliche ecclesiastische Musik, die der Darstellung der sakralen Gegenstände allein diente, zurückzugreifen. — Die musica vulgaris bringt als den nun entscheidenden Fortschritt die Instrumentalmusik (während wir uns den gregorianischen Gesang auch ohne Orgelbegleitung vorzustellen haben), sie führt in die Welt der Spielzeuge ein, gehört den Laien, ist — wie ein Zeitgenosse es ausdrückt — da, um „das angeborene Unglück der Menschen zu mildern“. Ihre unterste Form ist die Tanzform, in der sich wieder der ästhetische Reiz der von der vitalen Körperlichkeit der primitiven „Suppa“ löst. Soweit die „Ars antiqua“.

Die Umkehrung der Sphären, d. h. das Hinausdrängen der vulgären Formen in obere Ordnungen der Kirche (bestimmlich wurden damals zahlreiche Liebeslieder etwa zu kirchlichen umgedeutet, z. B. „mein Gemüt ist mir verpirtet, das macht ein Jungfrau zert — O Haupt voll Blut und Wunden!“ u. a.) diese Verchiebung gab das Reich zu einem neuen Kunststadium, und somit zu einem völlig veränderten Stil — der „Ars nova“, der auf der selbständigen Erfindung von Laien beruhenden neuzeitlichen Musik, die überhaupt erst einen Vergleich mit unserer gewohnten Musik erlaubt.

Die durch die inhaltliche Dreiteilung gebotene Gruppierung ergab ohne weiteres die Verteilung auf drei Fortführungen, in denen nun auch die für uns so erbauliche Spannungsweite